

EIN JAHR NACH DEM ANSCHLAG VON HALLE AN JOM KIPPUR

Sichere Türen für Synagogen sind nicht genug

- Direktor der Bildungsstätte Anne Frank wünscht Jüdinnen und Juden ein friedliches Versöhnungsfest
- Anzeichen für antisemitischen und rassistischen Hass frühzeitig erkennen und entgegenwirken
- Digitale Kompetenzen steigern – Bildungsstätte erarbeitet aktuell Serious Game zur Sensibilisierung für politische Radikalisierungsprozesse

Anlässlich des höchsten jüdischen Feiertages Jom Kippur wünscht der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, allen Jüdinnen und Juden in Deutschland ein friedliches Versöhnungsfest. „Ein Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Halle ist es für viele Jüdinnen und Juden diesen Herbst besonders schwer, sich ohne Angst vor antisemitischer Gewalt in der Synagoge zu versammeln. Dies gilt insbesondere für die jüdische Gemeinde von Halle, die letztes Jahr den Angriff des Attentäters überlebt hat – in einer Synagoge, die zu diesem Zeitpunkt anders als viele andere jüdische Gotteshäuser, nicht von der Polizei bewacht wurde.“

An Jom Kippur 2019 hatte ein bewaffneter Rechtsextremist vergeblich versucht, die Synagoge von Halle (Saale) zu stürmen – in der Folge erschoss er eine Passantin und einen Besucher eines nahegelegenen Döner-Imbisses und verletzte auf seiner Flucht vor der Polizei weitere Menschen schwer. Aktuell muss er sich im Strafprozess vor dem Landgericht Magdeburg für seine Taten verantworten.

„Zeug*innenaussagen im Prozess verweisen darauf, dass die örtliche Polizei das Anschlagsgeschehen erstaunlich spät als solches ernstgenommen hat. Das ist kein Einzelfall – Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, erleben immer wieder, dass ihre Erfahrungen oder die politische Tatmotivation von Ermittler*innen angezweifelt werden“, so Mendel weiter. „Im Jahr 2020, in dem neben dem Anschlag von Halle auch der Mord an Walter Lübcke sowie der Mordversuch an Ahmed I. vor Gericht verhandelt werden und neun Menschen in Hanau aus rassistischen Motiven ermordet wurden, ist es höchste Zeit, dass rechter Terror von Politik und Ermittlungsbehörden als zentrale Bedrohung für das friedliche Zusammenleben in Deutschland anerkannt und entschlossen bekämpft wird. Sichere Türen für Synagogen sind nicht genug – Anzeichen für antisemitischen und rassistischen Hass müssen frühzeitig erkannt werden, um Gewalt entgegenzuwirken, ehe sie Menschenleben kostet.“

Notwendig sei dafür neben einer generellen Sensibilisierung für Antisemitismus, Rassismus und rechte Ideologien auch eine Verbesserung digitaler Kompetenzen – zum einen auf Seiten der Ermittlungsbehörden, um Online-Radikalisierung frühzeitig entgegenwirken zu können, aber auch unter jungen Menschen, die anfällig für den im Netz verbreiteten Hass sind. „In der Bildungsstätte Anne Frank arbeiten wir derzeit an einem sogenannten Serious Game für den Einsatz in Schulklassen. Jugendliche können per App politische Radikalisierungsprozesse nachvollziehen und Handlungsstrategien für den Umgang mit problematischen Entwicklungen in ihrem Umfeld entwickeln“, führt Mendel aus. Der Attentäter von Halle hatte sich online radikalisiert und seine Tat live ins Internet übertragen. „Wir können solche Fälle in Zukunft nur verhindern, wenn wir lernen, das Netz für die Antisemitismusprävention effektiv zu nutzen“, so Mendel abschließend.

Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer

offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

#IstAlltag

#Hessenschauthin

**Eva Berendsen und
Marie-Sophie Adeoso**

Ansprechpartnerinnen für
die Presse

T. (+49)69 560 00 -232/-246

M. eberendsen@bs-anne-frank.de

madeoso@bs-anne-frank.de

→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main